

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 15.12.2025 14:35
Aktenzahl: PGL-1658946-2025-KGR/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 1.20

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Theresa Schneckenreither, MSc (GRÜNE), David Ellensohn (GRÜNE), Mag. Barbara Huemer (GRÜNE), Johann Arsenovic (GRÜNE) und Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales (GFW)) für den Gemeinderat am 16.12.2025 - 17.12.2025.

Stärkung der Gemeindefinanzen durch Reform der Grundsteuer und gerechte Verteilung der CO₂-Steuer

Im Zuge der Verhandlungen zum Stabilitätspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wurde einmal mehr deutlich: Der österreichische Finanzausgleich ist strukturell unausgewogen.

Während Gemeinden einen immer größeren Teil der öffentlichen Aufgaben übernehmen – von Kinderbetreuung über Pflege, Klimaschutz bis zur sozialen Infrastruktur – halten ihre Einnahmen mit diesen Verpflichtungen seit Jahren nicht Schritt.

Wissenschaftliche Studien, unter anderem des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung, zeigen klar: Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden ist systematisch unzureichend. Die Schere zwischen Aufgaben und Mitteln geht immer weiter auseinander.

Gleichzeitig ist bekannt – und vielfach empirisch belegt –, dass Vermögen, Boden- und Immobilienwerte in den letzten Jahrzehnten massiv gestiegen sind, während

die Finanzierung öffentlicher Leistungen zunehmend über Arbeit, Konsum und Gebühren erfolgt.

Eine gerechte Finanzarchitektur muss dort ansetzen, wo Werte entstehen und wachsen – nicht dort, wo Menschen ohnehin unter steigenden Lebenshaltungskosten leiden.

Gemeinden sind das Rückgrat des sozialen Zusammenhalts. Wenn sie finanziell ausgehungert werden, leidet nicht nur die Daseinsvorsorge, sondern das Vertrauen in Staat und Demokratie insgesamt.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat fordert die österreichische Bundesregierung auf, rasch und entschlossen erste Schritte zur Stärkung der Gemeindefinanzen und zu einem gerechteren Finanzausgleich zu setzen, insbesondere indem

1. der Hebesatz der Grundsteuer unverzüglich auf 750 % erhöht wird, um die Einnahmenbasis der Gemeinden kurzfristig zu stabilisieren;
2. die Grundsteuer mittelfristig grundlegend, zeitgemäß und fair reformiert wird, sodass sie reale Grundstücks- und Immobilienwerte abbildet und einen wirksamen Beitrag zur Finanzierung kommunaler Aufgaben leistet;
3. Schritte gesetzt werden, um die bislang ausschließlich dem Bund zufließenden Erträge aus der CO₂-Steuer *in die gemeinschaftlichen Bundesabgaben zu überführen, damit Länder und Gemeinden angemessen an diesen Einnahmen beteiligt werden und Klimaschutz nicht auf Kosten kommunaler Budgets geht.*

Diese Maßnahmen sind unerlässlich, um die Handlungsfähigkeit der Gemeinden zu sichern, soziale und ökologische Investitionen vor Ort zu ermöglichen und einen fairen, solidarischen und zukunftsfähigen Staat zu gewährleisten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 16.12.2025

Unterzeichner*innen:

Theresa Schneckenreither, MSc (GRÜNE); Johann Arsenovic (GRÜNE); Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE); Mag. Barbara Huemer (GRÜNE); David Ellensohn (GRÜNE)